



**75 Jahre LIHK**  
LIHK-Präsident Klaus Risch lässt die letzten 75 Jahre Revue passieren und wirft einen Blick nach vorne. **WR**

**Neue Pläne für Radio L**  
Der neue VR-Präsident Roman Banzer will Radio L mit neuen Magazinformaten aufwerten. **5**

Telefon +423 / 236 18 70  
ospelt Elektro -Telekom AG  
[www.ospeltelektro.com](http://www.ospeltelektro.com)



## Verunsicherung im Hypothekarmarkt

Die Hypothekenzinsen sind deutlich gestiegen. Franz Hilbe, Bereichsleiter Finanzierungen Liechtenstein bei der LGT Bank, empfiehlt Kreditnehmern, die ihre Immobilienfinanzierung eng kalkuliert haben, von kurzfristigen Hypotheken auf Festhypotheken umzustellen. Durch die Hypothek weniger stark Belastete könnten durchaus spekulativ im Geldmarkt bleiben. **(red) 3**

## Wenig Kapazität bei Katastrophen

Wie eine Interpellationsantwortung zeigt, ist Liechtenstein bei Katastrophen auf die Hilfe aus dem Ausland angewiesen. Auch wenn Liechtenstein für viele Fälle gut gewappnet ist, gilt es, die Präventionsmassnahmen konsequent weiterzuerfolgen. Als dringliche Massnahme wird die Sanierung der Rheindämme eingestuft. **(red) 9**

## Sapperlot

**Die Hypothekensuche ist so eine Sache.** Gerechnet wird mit einem astronomisch hohen Zinssatz von 4,5 Prozent, welcher in den letzten Jahren nicht annähernd einmal so einen hohen Wert erreichte. Jetzt steigt der Zinssatz zwar einmal wieder, aber dass er wirklich massiv steigt, scheint eher unwahrscheinlich. Nichtsdestotrotz wird an diesem hohen fiktiven Satz von 4,5 Prozent festgehalten. Dies bedeutet für die potenziellen Kreditnehmer, dass sie neben 20 Prozent Eigenkapital auch noch einen ziemlich hohen Lohn ausweisen müssen. Und wenn der Lohn noch stimmen würde, wird Frauen anscheinend immer wieder mal geraten, sie sollen doch lediglich mit 50 Prozent ihres Lohnes kalkulieren, da sie sowieso bald schwanger werden würden. Was soll das? Ein Vermieter kann ein junges Paar ja auch nicht ablehnen, weil sie Kinder bekommen könnten. Schliesslich sind die Hypothekarkosten auch mit 50 Prozent Lohn immer noch um einiges besser tragbar als unsere hohen Mietpreise. **Mirjam Kaiser**

# Lautere Rufe nach einer Telecom-Privatisierung

Es kommt Bewegung in die Debatte zur Privatisierung der Telecom und der Post.

**Dorothea Alber**

Eigentlich hätte Liechtenstein im europäischen Vergleich eine einmalige Ausgangslage. «Die Liberalisierung ist vollzogen, der Markt spielt, und nun sollte der Staat noch den letzten konsequenten Schritt der Privatisierung machen», sagt Doris Quaderer als Projektleiterin der Stiftung Zukunft.li. Die Denkfabrik hat im vergangenen Jahr eine Studie veröffentlicht, in der die Autoren kaum einen Zweifel offenliessen und sich schon damals für diesen Weg aussprachen.

Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein äussert sich auf Anfrage ebenfalls in diese Richtung: Ganz allgemein betrachtet sei der Staat meist ein schlechter Unternehmer. Heute sei der Bereich der Post und der Telecom in Europa weitgehend privatisiert, was

«Es ist sinnvoll, die Privatisierung der Telecom näher zu prüfen.»

**Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein**

teilweise erst auch die grossen Fortschritte bei der Telefonie in den letzten 30 Jahren ermöglicht habe. «Daher halte ich es jedenfalls für sinnvoll, auch bei uns eine Privatisierung der Telecom Liechtenstein näher zu prüfen»,

sagt der Erbprinz konkret auf den Fall der Telecom Liechtenstein gemünzt.

**Ist die Telecom reif für eine Privatisierung?**

Mit einer Interpellation der FBP steht das Thema Privatisierung der Telecom und der Post demnächst auch im Landtag zur Debatte. Aus gutem Grund: Abenteuer von Staatsbetrieben sind mit Risiken verbunden, wie auch Liechtenstein schon erlebt hat. Die Frage drängt sich daher auf: Droht durch den Druck, wirtschaftlich erfolgreich zu sein und schwarze Zahlen zu schreiben, ein Risiko? «Ja. Dies kann das Risiko bei Staatsbetrieben noch zusätzlich erhöhen», sagt der Erbprinz weiter. Für viele in Liechtenstein ist längst klar: Gehen neue Geschäftsmodelle schief, muss wieder die Allgemeinheit in die Bresche springen. **7**

## Baltenstaaten rufen in Ukraine-Krise zu Geschlossenheit auf

Die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen haben in der Ukraine-Krise und den Spannungen mit Russland zu Geschlossenheit aufgerufen. Bei einem Treffen mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) gestern in Berlin forderten die Spitzen der drei EU- und Nato-Länder zudem eine Stärkung der Nato-Ostflanke und eine stärkere Rolle Deutschlands bei der Lösung des Konflikts. «Es ist von entscheidender Bedeutung, dass wir die östliche Flanke der Nato stärken», sagte der litauische Staatspräsident Gitanas Nauseda. «Unser Bündnis muss in der Lage sein, rasch zu reagieren und entschlossen zu reagieren in der Region.» Estlands Ministerpräsidentin Kaja Kallas rief EU und Nato zu «Geschlossenheit, Entschlossenheit und strategischer Geduld» auf. Jedes Zeichen der Uneinigkeit und mangelnder Entschlossenheit könnte ein falsches Signal an Russland senden, sagte sie. Lettlands Regierungschef Krisjanis Karins betonte, die EU und Nato müssten «aus einer Position der Stärke heraus argumentieren». Die Rolle Deutschlands sei dabei von «grundsätzlicher Bedeutung». Es sei «sehr notwendig», dass Deutschland eine führende Rolle übernehme, um die Mitgliedstaaten der EU und Nato durch diese schwierigen Zeiten hindurchzuführen, sagte Karins. **(dpa) 21**

## Letzte Liechtensteiner Olympia-Auftritte in Peking



Langläuferin Nina Riedener und Skifahrer Marco Pfiffner absolvierten gestern beide ihre letzten Olympia-Rennen in Peking. Nina Riedener klassierte sich im Rennen über 10 Kilometer klassisch auf Rang 69 und Marco Pfiffner fuhr in der alpinen Kombination auf den starken elften Schlussrang. **14, 15**

Bild: Keystone

## Baerbock sichert Israel Solidarität zu – Kampf gegen Antisemitismus

Aussenministerin Annalena Baerbock hat bei ihrem Antrittsbesuch in Israel versichert, der jüdische Staat könne auch unter der neuen Bundesregierung auf Deutschlands Solidarität zählen. Bei einem Treffen mit ihrem israelischen Amtskollegen Jair Lapid sagte sie gestern in Tel Aviv, die Vergangenheit sei «Auftrag für die Zukunft». Mit Blick auf den seit Jahren brachliegenden Friedensprozess Israels mit den Palästinensern betonte Baerbock, die Zwei-Staaten-Lösung sei weiterhin «die beste Option» für beide Seiten. Zum Ausbau von israelischen Siedlungen im Westjordanland sagte sie, dieser sei «schädlich» und mit internationalem Recht nicht vereinbar. Israels Aussenminister sprach von einem «langen und positiven Treffen». Die Freundschaft Deutschlands mit Israel basiere darauf, «dass wir die Vergangenheit nicht verleugnen». Zum Thema Iran sagte er, das Atomprogramm Teherans gefährde nicht nur Israel, sondern die ganze Welt. Er kritisierte zudem scharf den Gebrauch des Wortes Apartheid im jüngsten Bericht der Menschenrechtsorganisation Amnesty zu Israels Umgang mit den Palästinensern. **(dpa)**

**IMMOLEAGUE®**  
[immoleague.ch](http://immoleague.ch)

# Telecom privatisieren – der einzige Weg?

Eine Interpellation macht die Privatisierung der Telecom wohl bereits im März-Landtag zum Thema. Es gibt Gründe, die dafür sprechen.

Dorothea Alber

Mit einer Interpellation der FBP sieht das Thema Privatisierung der Telecom und der Post im Landtag zur Debatte. In einer Studie aus dem vergangenen Jahr zum Thema Service public gab die Stiftung Zukunft.li bereits die Empfehlung ab, dass sich der Staat als Dienstleister aus dem Telekommunikationsmarkt zurückziehen sollte. Sie ist in ihrer Studie zum Schluss gekommen: Der Staat habe sehr gute Voraussetzungen für Wettbewerb geschaffen. Zum einen hat er den Telekommunikationsmarkt liberalisiert, zum anderen hat auch die technologische Entwicklung viel dazu beigetragen, dass verschiedene Anbieter in Liechtenstein vertreten sind. «Aus unserer Sicht ist es daher an der Zeit, dass sich der Staat zurückzieht. Das wäre der nächste logische Schritt», sagt Doris Quaderer, Projektverantwortliche der Stiftung.

## Basis für Privatisierung sei vorhanden

Liechtenstein hat heute im europäischen Vergleich eine einmalige Ausgangslage: Das bodengebundene Telekommunikationsnetz gehört den Liechtensteinischen Kraftwerken (LKW). In den Augen der Stiftung Zukunft.li war es eine gute Entscheidung, diese kritische Infrastruktur in staatlichen Händen zu belassen. So haben alle Anbieter zu regulierten Preisen Zugang zum Netz und damit die gleichen Voraussetzungen. Das hat den Wettbewerb befruchtet. Wer sich an Glasfaser anschliessen lässt, hat die Wahl zwischen acht Anbietern, die sich mit innova-



Blühende Geschäfte? 2022 soll eines der schwierigsten Jahre für die Telecom werden.

Bild: Archiv

tiven und preisgünstigen Angeboten übertrumpfen wollen. Ganz zur Freude der Konsumenten. «Die Telecom hat ihr Alleinstellungsmerkmal verloren, sie ist nur noch eine Anbieterin unter vielen.» Ist der Staat also kein guter Unternehmer? «So ist es», sagt Quaderer.

Die Zwickmühle: Das Festnetzgeschäft der Telecom bricht vermehrt weg, doch angesichts der Konkurrenz im Mobilfunk und Glasfaser wird es künftig aufgrund der Beteiligungsstrategie schwierig, schwarze Zahlen zu schreiben. «Die Vorgaben der Beteili-

gungsstrategie erinnern an eine eierlegende Wollmilchsau», sagt Quaderer weiter. Darin steht, dass die Telecom gewinnorientiert zu führen ist, sie soll dem Staat also möglichst eine Dividende ausschütten. Gleichzeitig sind neue Geschäftsfelder im Ausland nicht gern gesehen, und sie muss ethisch und sozial verantwortlich handeln. Welche Optionen hat das Unternehmen, wenn durch den technologischen Wandel und den härter gewordenen Wettbewerb das Kerngeschäft wegbriecht? «Dieses Korsett ist eine

echte Herausforderung», betont Quaderer.

## Die Allgemeinheit trägt das Risiko

Staatsbetriebe werden so förmlich dazu gedrängt neue Ertragsquellen zu erschliessen – und das hat seine Schattenseiten. Das ist aus zwei Gründen problematisch: Einerseits trägt der Staat das unternehmerische Risiko, andererseits dringen öffentliche Unternehmen damit immer weiter in privatwirtschaftliche Märkte vor, was den Wettbewerb verzerrt. «Hier steht ganz klar die Politik in der

Verantwortung, denn sie gibt die strategische Stossrichtung vor», sagt Doris Quaderer. Wenn etwas schief läuft, sind das Kosten, welche die Allgemeinheit tragen muss. «Und das haben wir in der Vergangenheit bereits erlebt, als es bei der Post oder Telecom zu Abschreibungen kam, die am Schluss der Steuerzahler zu tragen hatte», sagt die Projektleiterin weiter. Es müsse daher sicher das Ziel sein, die Risiken zu minimieren, damit es erst gar nicht so weit kommt. Und dazu gehöre eben auch, dass der Staat nicht als Anbieter auftritt, wo der Wettbewerb spielt.

## Braucht ein Land eine staatliche Telecom?

Gemäss Quaderer ist es zwar auf jeden Fall sinnvoll, systemrelevante Infrastruktur, also das Telekommunikationsnetz, in staatlicher Hand zu behalten. Doch das Endkundengeschäft sei etwas anderes. Ausserdem verliere der Staat seine Einflussmöglichkeit nicht, auch wenn er selbst nicht unternehmerisch tätig ist. Der Staat könne durch Verträge mit privaten Unternehmen die Versorgungssicherheit gewährleisten, wie das zum Beispiel auch beim öffentlichen Verkehr hierzulande der Fall ist. Auch da betreibt der Staat die Buslinien nicht selbst, sondern er schreibt den Auftrag alle zehn Jahre aus. Im Telekommunikationsbereich sei das nicht anders, dort ist Liechtenstein gemäss Quaderer sogar durch eine EWR-Richtlinie zur Ausschreibung eines Universaldienstauftrages verpflichtet.

Das Problem: Irgendwann ist das Eigenkapital aufgebraucht, wenn Staatsbetriebe wie die Telecom in den näch-

«Nun sollte der Staat auch noch den letzten konsequenten Schritt machen.»



Doris Quaderer  
Projektleiterin  
Stiftung Zukunft.li

ten Jahren rote Zahlen schreiben und der Staat in die Bresche springen muss.

## Ist ein politischer Entscheid unausweichlich?

Wie lange wird es aber dauern, bis ein politischer Entscheid getroffen werden muss? «Eine Privatisierung braucht Zeit, daher sollte die Politik beginnen, mögliche Szenarien zu prüfen. Es ist ziemlich unbestritten, dass Anpassungen nötig sind, denn sonst laufen sowohl die Telecom als auch die Post Gefahr, in Schwierigkeiten zu geraten», sagt Quaderer. Ein Veränderungsprozess wurde bereits angestossen, in dem der Staat den Telekommunikationsmarkt liberalisiert hat. Die Politik könne nicht die Spielregeln grundlegend ändern und sich dann nicht mehr weiterbewegen. «Die Liberalisierung ist vollzogen, der Markt spielt, und nun sollte der Staat noch den letzten konsequenten Schritt machen», sagt Quaderer.

## Nachgefragt

# «Es ist sinnvoll, die Privatisierung der Telecom näher zu prüfen»

## Durchlaucht, wie stehen Sie allgemein zur Privatisierung von Staatsbetrieben im Land?

**Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein:** Der Staat ist meist ein schlechter Unternehmer. Bei Staatsbetrieben werden Personal- und Sachentscheidungen häufig zum Politikum. Dies führt dann dazu, dass nicht die betriebswirtschaftlich besten Entscheidungen gefällt werden, sondern jene, die gerade politisch opportuner sind. Daher sollen grundsätzlich all jene Staatsbetriebe privatisiert werden, bei denen die Leistungserbringung genauso gut durch eine private Trägerschaft möglich ist.

## Sollte die Regierung die Privatisierung von Staatsbetrieben stärker prüfen bzw. wäre hier Mut gefragt?

Die Regierung sollte in regelmässigen Abständen die Privatisierung von Staatsbetrieben prüfen, weil sich aufgrund von

technologischen, gesellschaftlichen und anderen Entwicklungen die Rahmenbedingungen über die Zeit ändern. Wo früher eine Privatisierung vielleicht sinnvoll sein. Eine Privatisierung ist mit erheblichem Aufwand verbunden, sie benötigt vor allem auch viel Kommunikationsarbeit. Zumindest auf die kurze Frist sind die politischen Vorteile im Vergleich zu den politischen Risiken hingegen oft gering. Daher ist bei einer Privatisierung viel politischer Mut gefragt.

## Post und Telecom: Erachten Sie gerade für diese beiden Unternehmen eine Privatisierung als sinnvoll?

Ich habe mich zu wenig im Detail mit diesen beiden Unternehmen auseinandergesetzt, um Ihnen diese Frage abschliessend beantworten zu können. Sowohl der Bereich Post als auch der Bereich Tele-

com war aber in den letzten Jahrzehnten durch grosse technologische und gesellschaftliche Entwicklungen geprägt. So war z. B. der Bereich Telecom in Europa Anfang der Neunzigerjahre noch vorwiegend in der Hand von Staatsbetrieben. Heute ist dieser Bereich in Europa weitgehend privatisiert, was teilweise erst auch die grossen Fortschritte bei der Telefonie in den letzten 30 Jahren ermöglicht haben. Daher halte ich es jedenfalls für sinnvoll, auch bei uns eine Privatisierung der Telecom Liechtenstein näher zu prüfen.

## Was spricht in Ihren Augen für eine Privatisierung der Telecom und anderer Staatsbetriebe?

Für eine Privatisierung der Staatsbetriebe spricht erstens deren Entpolitisierung. Dies verbessert nicht nur die vorher beschriebene Entscheidungsfindung bei den Unternehmen,

sondern entlastet auch die Politik von den regelmässigen Kontroversen mit den Staatsbetrieben. So stellt sich bei einem privaten Unternehmen nicht die Frage, ob jemand aufgrund seiner fachlichen Qualifikationen oder parteipolitischen Verbindungen ins Amt gelangt ist. Zweitens können sich Staatsbetriebe teilweise schwerer tun, gutes Personal einzustellen. Einerseits werden Interessenten davor zurückschrecken, wenn sie zum Politikum werden könnten, und andererseits sind bei Staatsbetrieben aufgrund der politischen Rahmenbedingungen die Spielräume für das Gehaltsgefüge und die sonstigen Gestaltungsspielräume für die Weiterentwicklung des Unternehmens oft weniger attraktiv. Drittens ist ein Staatsbetrieb auch immer ein gewisses Risiko für den Staatshaushalt. Als Haupteigentümer sieht sich der Staat meist gezwungen, bei wirtschaftlichen Problemen

das Unternehmen zu oft erheblichen Kosten aufzufangen.

## Gibt es für Sie Gründe, selbst als Dienstleister zur Absicherung der Grundversorgung aktiv zu sein?

Es gibt durchaus Situationen, wo eine Privatisierung kaum nützt bzw. auch nachteilig sein könnte. So ist es z. B. denkbar, dass sich keine privaten Unternehmen für den Markt des Staatsbetriebes interessieren



Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein  
Bild: Archiv

oder diese nur zu einem unverhältnismässig grossen Aufwand für eine dann auch oft noch eher widerwillige und schlechte Abdeckung des Service public gewonnen werden können.

## Erachten Sie es als nötig, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu prüfen und anzupassen, um Investitionshürden abzubauen und die Staatsbetriebe – wie die Telecom – für Käufer attraktiv zu machen?

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen wären im Hinblick auf Privatisierungen jedenfalls zu prüfen und gegebenenfalls anzupassen. Ob dies nötig ist, um Staatsbetriebe für Käufer attraktiver zu machen, kann ich nicht beurteilen. Für einen privatisierten Bereich wird es jedoch zum Teil eine andere Regulierung benötigen, als wenn dieser Bereich nur durch einen einzigen Staatsbetrieb abgedeckt wird. (dal)